



# ATOMPOLITIK

## Factsheet zur Bundestagswahl 2025

### Kurzzusammenfassung

Atomkraft ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie. Wir alle tragen die Risiken eines Reaktorunfalls oder müssen für Millionen von Jahren mit dem gefährlichsten Müll der Menschheitsgeschichte umgehen. Die angeblich neuen sicheren Reaktormodelle ebenso wie die Kernfusion sind Traumschlösser, die womöglich niemals realisiert werden, jedoch Forschungsgelder verschlingen. Atomkraft ist um ein Vielfaches teurer als Erneuerbare Energien und zu langsam, um als Klimaschutzmaßnahme wirksam zu sein. Atomkraft ist von gestern, in den flexiblen Energiesystemen von morgen hat sie keinen Platz. Das Festhalten an überholten Energiequellen verhindert Zukunftschancen.

### Gegenkampagne: Zitat / Aufhänger / Fake News

- Atomkraft schafft vermeintlich Energieunabhängigkeit, Versorgungssicherheit, Klimaneutralität, kostengünstige Energieversorgung
- Alte AKW sollen laut CDU und Co wieder in Betrieb genommen werden
- CDU will neue Small Modular Reactors (SMR) und Kernfusion für zukünftig Energieversorgung
- „Deutscher Alleingang“ – Der Atomausstieg war laut CDU und Co ein Fehler (Strom teurer u. knapp)

### Was droht mit Merz und Co?

Die Atomdebatte ist gegen die Energiewende gerichtet und schadet in mehrfacher Hinsicht dem Klimaschutz. CDU, FDP, AfD und tendenziell auch BSW suggerieren, mit Atomkraft jetzt oder in Zukunft sei die Energieversorgung gesichert und ein radikales Umlenken nicht notwendig. Die Stoßrichtung lautet „Weiter so!“ und „Atomkraft statt Verzicht“. Damit wird die Akzeptanz für sinnvolle Klimaschutzmaßnahmen in der Bevölkerung weiter verringert.

Gelder für die Energiewende drohen auf EU-Ebene und für sinnlose Forschungsvorhaben in den Atomsektor zu fließen. Ein konkreter Wiedereinstieg oder auch das Wiederanfahren der alten AKW ist aktuell nicht denkbar. Die Debatte bedient jedoch das Narrativ „Atomausstieg war ein Fehler“ und „Atomausstieg ist ein ideologischer Sonderweg“. Befeuert durch die populistische Scheindebatte steigt die Pro-Atom-Stimmung in Deutschland.

## Warum ist das problematisch?

- **Mythos „ideologischer Atomausstieg“:** Erneuerbare Energiequellen haben (+32 TWh) den Wegfall des Atomstroms (-29,5 TWh) im ersten Jahr nach dem AKW-Aus komplett kompensiert. Gleichzeitig sank der CO<sub>2</sub>-Ausstoss im Energiesektor um 24 %. Im Vergleich zum Juni 2021 als noch sechs AKW im Netz waren war der Strompreis im Februar 2024 um 1,7 ct/kWh günstiger. Die Versorgungssicherheit ist weiter auf einem hohen Niveau und die Stromnetze sind stabil. Bei den Stromimporten gab es einen leichten Anstieg. Hintergrund sind jedoch nicht Versorgungsengpässe, sondern Marktmechanismen, die sich an den jeweiligen Preisen auf dem europäischen Strommarkt orientieren. Deutschland hätte zu jedem Zeitpunkt seinen Strom selbst erzeugen können. Lediglich 26 % des insgesamt importierten Stroms kam aus Atomkraft, der Großteil stammte aus erneuerbaren Energiequellen.
- **Mythos „Alle Staaten bauen Atomkraftwerke“:** Atomkraft hat nur einen Anteil von etwa 9 % am globalen Strommix. Mitte 2024 waren insgesamt nur 408 Atomreaktoren in 32 Staaten in Betrieb. In den letzten 20 Jahren sind weltweit 102 Reaktoren neu ans Netz gegangen, es wurden jedoch 104 Reaktoren abgeschaltet. Allein China hat die Hälfte der Neubauten zu verantworten. Die wenigsten AKW-Neubaupläne werden realisiert. 11 Prozent aller AKW-Bauprojekte wurden nie vollendet. In Westeuropa bauen aktuell nur Großbritannien zwei und Frankreich einen Reaktorblock. Die AKW-Neubaupläne in der EU existieren nur auf Papier. Die angebliche Atom-Renaissance zielt in erster Linie auf gefährliche Laufzeitverlängerungen für alte Meiler ab. Atomkraft ist kein Massenprodukt oder eine Erfolgsgeschichte, sondern eine untergehende Nische
- **Mythos Wiederinbetriebnahme:** Die AKW müssten neu genehmigt werden und entsprechend jüngeren EURATOM-Richtlinien genügen. Dazu gehört neben umfassenden Sicherheitsprüfungen und auch kostenintensive Nachrüstungen. Technisch ist die Wiederinbetriebnahme von bereits abgeschalteten Reaktoren möglich. Der Aufwand und die Kosten wären jedoch immens. Teilweise sind Komponenten bereits verschrottet und müssten neu verbaut werden. Die Betreiber winken ab und das Fachpersonal steht ebenfalls nicht mehr zu Verfügung. Bei einer Wiederinbetriebnahme müssten die alten Reaktoren aus den 1980er Jahren bei Kosten in Milliardenhöhe noch für viele Jahre weiterlaufen. Das Unfallrisiko würde steigen, da die zentrale Komponente, der Reaktorkern, nicht ausgetauscht werden kann. Außerdem wäre der Atommüll-Konsens hinfällig und die Kostenfrage müsste neu geklärt werden.
- **Mythos Versorgungssicherheit:** Atomkraft ist nicht krisentauglich. Die Kriegssituation in der Ukraine zeigt, dass Atomkraftwerke im eigenen Land zur Waffe des Gegners werden können. Atomkraft ist außerdem von einer funktionierenden Infrastruktur abhängig. Fällt etwa die Stromversorgung und damit die Kühlung eines Reaktors oder eines Atommüll-Nasslagers komplett aus, drohen diese zu überhitzen. Die Folge wäre ein schwerer Unfall mit radioaktiven Freisetzungen.
  - Die Schwächen der Atomkraft zeigen sich auch in der Klimakrise. Extremwetterereignisse drohen Atomkraftwerke in Küstennähe zu überschwemmen. Dürren haben in den vergangenen Jahren wiederholt dazu geführt, dass Atomkraftwerke abgeschaltet werden mussten, weil angrenzende Flüsse zu wenig Wasser für die Reaktorkühlung führten. Im Atomland Frankreich verursacht das mitunter Engpässe, die sich negativ auf den gesamten europäischen Strommarkt auswirken.

- **Mythos Energieunabhängigkeit:** Atomkraft ist keine heimische Energiequelle und die Verfügbarkeit von Uran ist endlich. Zudem hat Russland das Urangeschäft fest im Griff. Seit Kriegsbeginn in der Ukraine sind die Uran-Anlieferungen aus Russland sogar um etwa 70 % gestiegen. Die EU bezieht derzeit rund 46 % ihres Uranbedarfs aus Russland, Kasachstan und Usbekistan. Diese massive Abhängigkeit ist der Grund, dass weder die EU noch die USA im Atomsektor bislang Sanktionen gegen Russland erhoben haben.
- **Mythos Neue Reaktoren/Small Modular Reactors:** Small Modular Reactors (SMR) sind kleine Reaktoren mit geringer Leistung. Aktuell werden sie im Zusammenhang mit angeblich neuen Reaktorlinien diskutiert. Tatsächlich handelt es sich bei den „neuen“ Reaktoren bislang nur um Konzepte, deren Realisierung aufgrund ungelöster zentraler technischer Probleme fraglich ist und allenfalls mindestens zwei Dekaden in der Zukunft liegt. Oftmals wird behauptet, neue Reaktortypen könnten den vorhandenen Atommüll beseitigen. Das ist falsch. Es führt kein Weg an einem Endlager vorbei – selbst wenn teilweise Abspaltungen von Radionukliden möglich sind.
  - Derzeit verfügbare SMR sind herkömmliche kleine Druckwasserreaktoren. Es handelt sich um Einzelanfertigungen, die auf die Kilowattstunde umgerechnet ein Vielfaches teurer sind als leistungsstarke Reaktoren. Sie werden bereits seit Mitte des letzten Jahrhunderts für militärische Zwecke eingesetzt, etwa als U-Boot-Antrieb. Für eine Serienproduktion gibt es weder eine Infrastruktur, noch Sicherheitskonzepte, noch gibt es das notwendige Knowhow oder ökonomische Anreize.
  - SMR dienen vor allem dem Erhalt der Atomwirtschaft auf Kosten der Allgemeinheit und für militärische Zwecke. Das US-Vorzeigeprojekt für die Entwicklung eines SMR der Firma NuScale ist 2023 gescheitert und hat 1,4 Milliarden US-Dollar versenkt.
- **Mythos Kernfusion:** Der aktuelle Hype um die Kernfusion ist politisch und nicht technisch begründet. Es ist unwahrscheinlich, dass die Kernfusionstechnik jemals in der Lage sein wird, im Reaktorkern ausreichend Tritium zu erbrüten, um im großen Maßstab Energie erzeugen zu können. Zwischen dem aktuellen Entwicklungsstand und der Inbetriebnahme eines Prototyps liegen ungelöste technische Probleme, mindestens drei Jahrzehnte Entwicklung und viele Milliarden Euro. Sollte es jemals gelingen, Kernfusionsreaktoren zu betreiben, würde dies das Atommüllproblem zudem verschärfen. Die Kernfusion erzeugt eine sehr hohe Strahlungsintensität. Dadurch werden Reaktorbauteile und das Gebäudeinventar aktiviert und müssen entsprechend wie Atommüll behandelt werden.

## Was fordert der BUND?

- **Atomausstieg in Deutschland u. in der EU:** Die zukünftige Regierung bekennt sich im Koalitionsvertrag zum Atomausstieg. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass auf EU-Ebene keine Subventionen in Atomprojekte fließen bzw. keine Klimaschutzgelder umgeleitet werden. Das Finanzministerium fordert, dass die EIB nicht unter dem Deckmantel des Klimaschutzes Atomprojekte unterstützt. Der Atomausstieg wird verfassungsrechtlich abgesichert.



- **Schließung der Atomfabriken Lingen u. Gronau einleiten sowie die Schließung des Forschungsreaktors FRM Garching 2:** Stilllegung solange keine Umrüstung von hoch angereichertem Uran (HEU) auf niedrig angereichertes Uran (LEU) erfolgt ist. Atommüll aus Garching darf nicht in andere Zwischenlager verschoben werden. Vor Ort müssen eine Zwischenlagerstätte und Konditionierungsanlage errichtet werden
- **Beteiligungsprozess aufsetzen und neues Zwischenlagerkonzept erarbeiten:** Sicherheitsarchitektur der Zwischenlager angesichts der Langzeitlagerung u. Kriegs-/Terror-Gefahren neu bewerten u. anpassen
- Der KENFO darf nur Aktien u. Anleihen von Unternehmen enthalten, die mit strengen Ansprüchen an Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz vereinbar sind. **KENFO-Portfolio aufräumen!** Kriterien überarbeiten, konsequenter Ausschluss von umwelt- u. klimaschädlichen Branchen statt "Best-In-Class"-Strategie.
- Die Regierung bekennt sich zum **Standortauswahlverfahren** und dessen Grundsätzen in Artikel 1. Transparenz und Beteiligung müssen deutlich verbessert bzw. endlich umgesetzt werden. Es darf keine Beschleunigung des Verfahrens auf Kosten von Wissenschaftlichkeit, Sicherheit und Beteiligung geben.
- **Die Lagerung der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle wird überprüft,** das geplante Atommülllager im ehemaligen Bergwerk Schacht **Konrad als ungeeignet eingestuft** und eine wissenschaftsbasierte und transparente neu aufgelegt.
- Die zukünftige Bundesregierung **unterschreibt und ratifiziert den Atomwaffenverbotsvertrag** der Vereinten Nationen von 2017.
- **Wirksamkeit von Klagerechten** - Funktionsvorbehalt bei Sicherheitsmaßnahmen: Die 17. AtG Novelle (2021) muss zurückgenommen werden.

## IMPRESSUM

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)**

Bundesgeschäftsstelle | Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin

Tel. +49 30 27586-40 | bund@bund.net

www.bund.net

V.i.S.d.P.: Nicole Anton | Kontakt: ruth.krohn@bund.net | Stand: 12/24



# ENERGIEWENDE

## Factsheet zur Bundestagswahl 2025

### Kurzzusammenfassung

Energie in Bürger\*innenhand ist die Erfolgsgeschichte für die Energiewende. Die Hälfte des Erneuerbaren-Ausbaus wurde von Bürger\*innen getragen, ob privat oder gemeinschaftlich auf dem eigenen Haus, auf dem Schuldach oder in genossenschaftlichen Windparks. Dort, wo Menschen gemeinschaftlich Energie erzeugen, steigt die Akzeptanz für das gesamtgesellschaftliche Projekt der Energiewende. Dass generell eine hohe Zustimmung zu Erneuerbaren besteht, zeigen auch die aktuellen Zahlen der Fachagentur Wind und Solar: 79 % der Menschen sind mit den Windenergieanlagen in ihrer Umgebung einverstanden.

Dort, wo Menschen gemeinsam von den finanziellen Vorteilen profitieren, werden die enormen Transformationsschritte von Hindernissen zu Chancen. Dort, wo Bürger\*innen gemeinsam Windparks, Nahwärmenetze und Ladeinfrastruktur schnell voranbringen, werden die Wirtschaft gestärkt und die Auswirkungen der Klimakrise begrenzt. Dort, wo Menschen gemeinsam Lösungen finden, werden die Demokratie gestärkt und der Populismus in die Schranken gewiesen. Eine dezentrale Energiewende bietet außerdem Vorteile für den Naturschutz. Große Infrastrukturen wie z.B. Hochspannungsleitungen, aber auch Offshore-Windparks können vermieden und dadurch negative Eingriffe in die Natur reduziert werden.

### Gegenkampagne: Zitat / Aufhänger / Fake News

- Merz – Windräder abbauen, „weil sie hässlich sind“:  
<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/cdu-merz-windraeder-abbauen-weil-sie-haesslich-sind/100086819.html>
- „Windkraft sei eine Übergangstechnologie, glaubt CDU-Kanzlerkandidat Merz“:  
<https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/archiv/2024/CDU-Wie-ernst-nimmt-Merz-die-Klimakrise,cduklima100.html>

### Was droht mit Merz und Co?

- Generalangriffe auf Ausbau der Erneuerbaren, insbesondere Windenergie, daher gute Argumente für Wind entscheidend.
- Preisdebatte: Immer wieder werden EEG-Kosten debattiert und ein Aussetzen der Förderung. Es braucht hier eine stabile Finanzierung, um den Ausbau nicht zu gefährden, so kann hier argumentiert werden:
  - Betonen, dass EE günstigste Erzeugungsform ist und bleibt
  - EEG Kosten sind vor allem aufgrund der hohen Vergütung der Solaranlagen zwischen 2008-2011 so hoch.

- Die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien werden ab 2028 sinken. Zu Beginn des Betrachtungszeitraums stagnieren die Kosten bei 15 Mrd. EUR pro Jahr in Deutschland. auf einem sehr hohen Niveau, welche sich in den Jahren 2028 bis 2030 deutlich reduziert und sich auf dem Niveau um 9 Mrd. EUR einpendeln und ab 2031 sogar weiter auf ca. 6 Mrd. sinken.

## Warum ist das problematisch?

- **Erneuerbare** sind die **zentrale Säule der Energiewende** und müssen schnellstmöglich ausgebaut werden, um aus den fossilen Energien, und perspektivisch auch aus fossilem Gas auszusteigen. Es droht ein fossiler Lock-In wenn eine Überkapazität an Gaskraftwerken zugebaut wird, dies gilt es mit einem zügigen Ausbau der Erneuerbaren zu verhindern.
- **Günstige Erzeugungsform:** Die Stromgestehungskosten<sup>1</sup> von Onshore-Windenergieanlagen (WEA) liegen im Jahr 2024 zwischen 4,3 und 9,2 €Cent/kWh. Im Vergleich dazu liegen neue Stromgestehungskosten für potenziell neu zu errichtende Kohlekraftwerke (Stein- und Braunkohle) aufgrund von steigenden CO<sub>2</sub>-Zertifikatspreisen bei über 15 €Cent/kWh. Für ein neues Braunkohlekraftwerk würden die Stromgestehungskosten heute zwischen 15,1 und 25,7 €Cent/kWh liegen. Die Stromgestehungskosten für große Steinkohlekraftwerke liegen etwas höher, zwischen 17,3 und 29,3 €Cent/kWh.  
Gas-und-Dampf-Kombikraftwerk weisen günstigere Stromgestehungskosten auf, zwischen 10,9 und 18,1 €Cent/kWh. Schadenskosten für die Umwelt sind hierbei nicht einbezogen. (Quelle Fraunhofer)
- **Klimaschonendste Erzeugungsform:** Eine heute neu gebaute Anlage an Land verursacht rund 9 Gramm CO<sub>2</sub> pro erzeugter Kilowattstunde (kWh) Strom. Strom aus Erdgas verursacht im Vergleich dazu 442 Gramm CO<sub>2</sub> pro kWh, bei Steinkohle sind es 864 Gramm, bei Braunkohle 1034 Gramm CO<sub>2</sub>. einfach ganz faktenbasiert: EE sind die absolut günstigste Erzeugungsform und generieren regionale Wertschöpfung, ermöglichen Teilhabe und Akzeptanz für das gesamtgesellschaftliche Projekt Energiewende.
- **Windenergien haben gleichbleibend enorm hohe Zustimmung bei der Bevölkerung:** Die Nutzung und der Ausbau der Windenergie an Land werden von einem breiten gesellschaftlichen Konsens von rund 80 % der Bevölkerung getragen. Auch vor Ort zeigt sich eine hohe Akzeptanz: 79 % der Menschen sind mit den Windenergieanlagen in ihrer Umgebung einverstanden. Über zwei Drittel der Befragten hätten keine großen Bedenken, wenn in ihrer Wohnumgebung erstmals Windenergieanlagen errichtet würden.

---

<sup>1</sup> Die Stromgestehungskosten sind eine Maßeinheit, die die Kosten für die Errichtung und den jährlichen Betrieb einer Anlage ins Verhältnis zur Stromerzeugungsmenge der gesamten Lebensdauer der Anlage setzt



## Was fordert der BUND?

- **Klimakrise stoppen:** Ohne einen naturverträglichen Ausbau von Wind und Sonne eskaliert die Klimakrise. Selbst in Deutschland macht sich die Veränderung des Klimas bemerkbar, z.B. durch Ernteauffälle in der Landwirtschaft, aber auch die Wälder leiden massiv unter Dürre. Der Ausstieg aus den fossilen Energien und der schnelle Ausbau zu einem auf 100 Prozent erneuerbaren Energiesystem sind essentiell für die Bewältigung der Klimakrise.
- **Mitverdienen, mitbestimmen, mitmachen:** Nur, wenn alle an einem Strang ziehen bekommen wir das gesamtgesellschaftliche Projekt Energiewende hin. Es zeigt sich: wenn Menschen bei der Planung, und Umsetzung der Projekte teilhaben, stärkt das ihr Gefühl der Selbstwirksamkeit und ihre Identifikation mit der Energiewende. Bürger\*innenenergie ist kein Selbstzweck, sondern ein zentraler Baustein für das Gelingen der Energiewenden und die Stärkung der Demokratie. Es braucht daher echte Bürger\*innenbeteiligung sowie Konzepte wie Energie Sharing, die Teilhabe auch ohne finanzielle Mittel möglich machen.
- **Regionale Wertschöpfung durch Erneuerbare erzielen:** Durch Bürger\*innenenergie-Projekte und die finanzielle Beteiligung von Kommunen und Bürger\*innen fließen die wirtschaftlichen Vorteile direkt in die lokale Gemeinschaft zurück. Die Installation von Windkraft- und/oder Freiflächen-PV-Anlagen wird für viele ländliche Kommunen die größte Investition der nächsten Jahrzehnte sein. Bis zu 100.000 Euro regionaler Wertschöpfung pro installiertem Megawatt Windenergie sind bei der richtigen Gestaltung pro Jahr möglich. Dies stärkt die Wirtschaftskraft der Kommunen und Bürger\*innen, generiert Mittel für die Finanzierung von Gemeinwohleinrichtungen und schafft finanziellen Spielraum für Investitionen in die Wärme- und Mobilitätswende. Die lokalen Unternehmen profitieren von kommunalen Aufträgen und denen der Bürger\*innen. Die Infrastruktur wird modernisiert. Die Kommune bietet in der Folge eine hohe Lebensqualität für ihre Bürger\*innen und wird attraktiv für Zuzügler\*innen.
- **Energie- und Naturschutzwende müssen auf Augenhöhe ihren Platz finden:** Die im Zusammenhang mit der Energiewende etablierten Artenhilfsprogramme müssen als Kernelement Ankäufe zulassen und ermöglichen und in artspezifischen Räumen, jenseits der Verwaltungsgrenzen, regionalisiert werden, um lokale Populationen wirksam zu unterstützen. Freiräume müssen planerisch dauerhaft gesichert werden können. Der Ausbau der Windkraft ist bundesweit auf 1-3 Prozent der Landesfläche zu verwirklichen und zu begrenzen.
- **Effiziente Infrastruktur durch dezentrale Energiewende:** So wenig wie möglich zu viel wie nötig. Wenn Erneuerbare vor Ort produziert und genutzt werden, können Netze entlastet und ggf. sogar Infrastruktur wie Netze, aber auch Kraftwerke eingespart werden.
- **Versiegelte Flächen vollumfassend nutzen:** Besonders die Nutzung bereits versiegelter Flächen wie z.B. Dächer, Parkplätze, Fassaden, Parkplätze ist aus Naturschutzsicht enorm wichtig, um den Flächendruck zu vermindern. Zudem sind dies grade die Flächen, von denen Bürger\*innen z.B. Energiegemeinschaften profitieren können. Konzepte wie ein umfassender Solarstandard auf Dächern Fassaden etc. sowie die Vorbildfunktion öffentlicher Gebäude sollte daher schnellstmöglich und ambitioniert eingeführt werden.



- **Sichere Finanzierung für stabile Energiepreise:** Durch den Einsatz von erneuerbaren Energien können langfristig die Energiekosten im Strom-, Wärme- und Mobilitätssektor gesenkt bzw. stabil gehalten werden. Die Preise für Sonne und Wind sind nämlich über längere Zeiträume kalkulierbar, im Gegensatz zu fossilen Brennstoffen, deren Beschaffungs- und Folgekosten immer weiter steigen werden. Dafür braucht es eine verlässliche Finanzierung.

## **IMPRESSUM**

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)**

Bundesgeschäftsstelle | Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin

Tel. +49 30 27586-40 | [bund@bund.net](mailto:bund@bund.net)

[www.bund.net](http://www.bund.net)

V.i.S.d.P.: Nicole Anton | Kontakt: [ruth.krohn@bund.net](mailto:ruth.krohn@bund.net) | Stand: 12/2024





# UMWERTGERECHTE MOBILITÄT FÜR ALLE

## Factsheet zur Bundestagswahl 2025

### Kurzzusammenfassung

Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, in dem die Treibhausgasemissionen seit 1990 nicht gesunken sind. Nach einem Rückgang während der Corona-Pandemie sind sie zuletzt wieder gestiegen. Aufgrund von Maßnahmen in anderen Sektoren steigt der Verkehrsanteil an den Gesamtemissionen stetig. Die Abschwächung des Bundes-Klimaschutzgesetzes hat den Druck auf die Politik verringert, schnell wirksame Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion durchzuführen. Es steht zu befürchten, dass auch in einer neuen Legislaturperiode notwendige Maßnahmen nur teilweise oder gar nicht umgesetzt werden.

Starke Beharrungskräfte in Wirtschaft und Politik behindern den notwendigen Umbau der Mobilitätswirtschaft und die Art, wie Mobilität gestaltet wird. Das gilt sowohl für die Einstufung des (privaten) Autos als Verkehrsmittel Nummer eins als auch, spezieller, für das Festhalten am Verbrennungsmotor.

Dies ist mit zahlreichen Folgen verbunden, wie Flächenversiegelung und Naturzerstörung durch Straßenneu- und -ausbau, hohen Energieverbrauch, Lärm, Schadstoffen und Verkehrstoten. Zudem werden Menschen mit Behinderungen, Kinder, ökonomisch schlechter Gestellte und andere im aktuellen Mobilitätssystem benachteiligt. Das steht im Widerspruch zu dem Anspruch, dass alle Menschen gleichwertige Zugänge zu Mobilität erhalten sollen. Hier droht mit steigenden Kosten (z. B. durch höhere Emissionsabgaben) auch mehr Mobilitätsarmut, der durch eine gute Versorgung mit öffentlichen Angeboten entgegengewirkt werden sollte.

### Gegenkampagne: Zitat / Aufhänger / Fake News

- CDU will über Verbrenner-Aus im Bundestag neu abstimmen lassen:  
[https://www.focus.de/auto/news/wackelt-das-gruene-verbot-cdu-will-ueber-verbrenner-aus-im-bundestag-neu-abstimmen-lassen\\_id\\_260460785.html](https://www.focus.de/auto/news/wackelt-das-gruene-verbot-cdu-will-ueber-verbrenner-aus-im-bundestag-neu-abstimmen-lassen_id_260460785.html)



- Killt Friedrich Merz das Deutschlandticket?: <https://www.spiegel.de/auto/deutschlandticket-killt-friedrich-merz-das-billigabo-fuer-bus-und-bahn-a-fa63bfc6-4413-4bc5-8fb7-6e2ac5922617>
- Union denkt über Abschaffung nach: Das ist die Wahrheit über das Deutschlandticket: <https://www.merkur.de/wirtschaft/union-denkt-ueber-abschaffung-nach-das-ist-die-wahrheit-ueber-das-deutschlandticket-zr-93426405.html>

## Was droht mit Merz und Co?

Durch die Politik des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) und der letzten Verkehrsminister von CSU und FDP wurde es versäumt, die Menschen darauf vorzubereiten, dass Veränderungen im Mobilitätsbereich nötig sind und gestaltet werden können. Der Wahlkampf der Union könnte dort ansetzen, wo Menschen sich übergangen und nicht mitgenommen fühlen.

Ein Beispiel ist der Übergang zu E-Autos. Anders als in anderen Ländern wie Norwegen, den Niederlanden oder Schweden wurden durch konservative Politik Zweifel an Reichweite, Lademöglichkeiten und Nachhaltigkeit geschürt, die bei einem nicht unwesentlichen Teil der Bevölkerung verfangen haben. Hinzu kommt, dass die deutsche Automobilindustrie Entwicklungen nicht erkannt oder ignoriert hat. Die Konzerne haben sich auf lange bekannte und demokratisch (unter Einfluss der Autolobby!) ausgehandelte Grenzwerte nicht eingestellt und erwarten jetzt, dass die Bundespolitik diese verwässert oder verschiebt.

Hier werden sich wohl alle Parteien positionieren. Die Union vertritt jedoch – neben FDP, AfD und BSW – den rückwärtsgewandtesten Ansatz und will das Verbrenner-Aus (das es so ja nicht gibt, weil auch nach 2035 noch Verbrenner zugelassen werden dürfen, die ausschließlich mit E-Fuels betankbar sind) komplett kippen. Da es sich um eine europäische Regulierung handelt, wird das nicht passieren. Allerdings sind Aufweichungen, Verschiebungen sowie das Aussetzen oder Stundungen von Strafzahlungen wahrscheinlich.

Eine weitere entscheidende Frage ist die Finanzierung der Bahn im Spannungsfeld mit dem Straßenneubau. Aktuell mehren sich die Berichte, dass nicht einmal für die „Generalsanierung“ der Bahn genug Mittel zur Verfügung stehen. An notwendige Aus- und Neubauten wird also nur zu denken sein, wenn es von der CDU ein klares Bekenntnis zur Schiene gibt. Dass daran gezweifelt werden kann, zeigen Aussagen, die aktuelle Finanzierungspraxis – in der Mittel aus der Lkw-Maut in die Schiene fließen – abzuschaffen. Laut Unions-Aussagen sollen alle Einnahmen aus der Straße auch wieder in die Straße fließen, also in Sanierung, Aus- und Neubau.

Zusätzlich wird darüber nachgedacht, die Autobahn GmbH und das Maut-Unternehmen Toll-Collect GmbH zu verschmelzen. Dieses neue Unternehmen könnte dann Kredite aufnehmen, um damit neue Autobahnen und Bundesstraßen zu bauen. Bei der Schiene strebt die Union hingegen eine Trennung von Netz und Betrieb an. Hier befürchten wir, dass der Konzern dadurch für viele Jahre handlungsunfähig wird. Wir lehnen diese Trennung deshalb ab.

## Warum ist das problematisch?

Ein vermeintlich technologieoffener Ansatz wird vor allem dazu führen, dass Investitionen, Steuern und staatliche Unterstützungen nicht zielgerichtet stattfinden. Mobilität wird perspektivisch teurer und dem sollte frühzeitig durch die Schaffung neuer öffentlicher Verkehrsmittel zu bezahlbaren Preisen für alle begegnet werden. Die Union setzt vor allem auf die individuelle Mobilität, ohne dabei anstehende Kostensteigerungen zu erwähnen. CO<sub>2</sub>-Preis, Beimischquoten von biogenen Kraftstoffen oder E-Fuels, höhere Fahrzeugkosten u.ä. werden das Autofahren, insbesondere von Verbrennerfahrzeugen, verteuern. Menschen mit geringem Einkommen droht Mobilitätsarmut, insbesondere dort, wo der öffentliche Verkehr nicht gut ausgebaut ist.

Falls eine neue Regierung am Autobahn-Neubau festhält und versucht die europäische Gesetzgebung zu den Flottengrenzwerten und dem Verbrenner-Aus (teilweise) rückabzuwickeln, verabschiedet sie sich auch von den Zielen zur Klimaneutralität. Eine Aufweichung der Grenzwerte führt zu einer weiteren Verunsicherung der Bürger\*innen, welche Pfade zur Klimaneutralität im Verkehr nötig sind.

## Was fordert der BUND?

### EU-Flottengrenzwerte mit Verbrenner-Ausstieg 2035

Die 2019 festgelegten Schritte der Flottengrenzwerte werden im Jahr 2025 planmäßig verschärft. Das heißt, die Hersteller\*innen sind ab diesem Jahr gefordert, strengere Grenzwerte einzuhalten. Für die Hersteller\*innen bedeutet das, dass sie vier Möglichkeiten haben:

- Mehr E-Autos in der EU zulassen.
- Weniger Verbrenner verkaufen. (der kleinste VW-Verbrenner liegt über dem Grenzwert von 95g/km CO<sub>2</sub>)
- Zukauf von Zertifikaten (Pooling) bspw. von Tesla.
- Strafzahlungen

Es wird davon ausgegangen, dass rund jedes vierte in Europa verkaufte Fahrzeug ein rein elektrisches (Batterie oder H<sub>2</sub>) sein muss, um die Grenzwerte einzuhalten. 2026 findet eine Revision statt, bei der überprüft wird, wie sich der Hochlauf gestaltet. Der Fokus liegt dabei vor allem auf dem Jahr 2025, da ab diesem Zeitpunkt die strengeren Werte bereits gelten.

Statt eines ständigen Änderns der Rahmenbedingungen braucht es mehr E-Mobilität statt Verbrennerautos. Wir fordern deshalb das Vorziehen des „Verbrenner-Aus“ auf 2030. Mindestens sollte an der bisherigen Regelung sowie Verlässlichkeit und Planungssicherheit festgehalten werden. Das ist sowohl für die Hersteller\*innen wichtig als auch für die Akzeptanz bei den Kund\*innen. Dafür muss auch die Kfz-Steuer umgestaltet und durch ein Bonus-Malus-System beim Kauf ergänzt werden.



Derzeit steht neben dem grundsätzlichen Infragestellen des Verbots der Neuzulassung von Verbrennern ab 2035 (mit Ausnahme solcher, die nur mit E-Fuels betankbar sind) vor allem ein Vorziehen der Revision auf 2025 und ein Aussetzen oder eine Stundung der Strafzahlungen zur Diskussion. Sowohl das Vorziehen der Revision als auch das Verschieben möglicher Strafzahlungen sind gefährlich. Ohne Anreize, die Ziele frühzeitig zu erreichen, bringen die Hersteller\*innen die entsprechenden Modelle erst zur Verschärfung der Grenzwerte auf den Markt. Dies war bereits bei der letzten Anpassung 2020 der Fall.

Auch die Strafzahlungen spielen eine Rolle beim Ankurbeln des Absatzes von elektrischen Fahrzeugen, da sie einen Anreiz für die Hersteller\*innen setzen, mehr elektrische Fahrzeuge zu verkaufen.

### **Deutschlandticket und Angebotsausbau**

Ab dem 1. Januar 2025 wird das Deutschlandticket um 9 Euro teurer und kostet dann 58 Euro. Analysen zeigen, dass im ersten Jahr nach der Einführung „30 % mehr Strecken mit der Bahn“ und „7,6 % weniger Kilometer mit dem Auto“ zurückgelegt wurden. Aktuell nutzen 13 Millionen Menschen das Deutschlandticket, auch weil ein deutschlandweites Ticket die Nutzung des ÖPNV über Verkehrsverbundgrenzen hinweg erheblich erleichtert. Ein Abschaffen des Deutschlandtickets würde nicht nur einen erheblichen bürokratischen, sondern auch finanziellen Aufwand für die Nutzer\*innen des ÖPNV bedeuten.

Gerade für Unternehmen ist die Verstetigung des Tickets wichtig, damit sie ihren Angestellten dauerhaft ein attraktives Jobticket zur Verfügung stellen können. Dieses Potenzial kann nur durch ein klares Bekenntnis zum Deutschlandticket voll ausgeschöpft werden. Wir fordern daher die dauerhafte Beibehaltung des Deutschlandtickets (2026ff) zu einem günstigen und stabilen Preis sowie die Einführung eines bundesweiten Sozialtickets für maximal 29 Euro. Auch die Möglichkeiten für Familien zur Nutzung des Deutschlandtickets sollten erweitert werden.

Um die Qualität und das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs mit der steigenden Nachfrage und den Klimaschutzziele in Einklang zu bringen, sind nicht nur die Absicherung der aktuellen Verkehre, sondern auch ein zügiger Ausbau des ÖPNV-Angebots – vor allem im ländlichen Raum – notwendig. Hier müssen sich Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen beteiligen.

Der Bund ist hierbei besonders gefordert: Deutlich erhöhte Investitionen in zusätzliche Verkehrsangebote, in mehr und angemessen bezahltes Personal sowie in neue, emissionsfreie Fahrzeuge sind unerlässlich, um den öffentlichen Nahverkehr zukunftsfähig zu machen. Dafür ist eine deutliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel notwendig.

### **Erhalt statt Neubau, Schiene vor Straße**

Die Die Prämissen „Erhalt statt Neubau“ (bei der Straße) und „Schiene vor Straße“ gelten weiterhin – und mit Blick auf die 11.000 maroden Brücken bei Autobahnen und Bundesstraßen mehr denn je. Nicht nur aus Klima- oder Naturschutzgründen müssen Kapazitäten aus dem Neubau von Autobahnen und



Bundesstraßen in die Sanierung von Brücken, Straßen sowie in den naturverträglichen Ausbau der Schiene fließen, sondern auch aus finanziellen und planungskapazitären Gründen. Jeder Euro, der für die Planung und den Neu- oder Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen ausgegeben wird, fehlt am Ende für die Sanierung von Brücken, Straßen und Schienen sowie für Kapazitätsausweitungen bei der Schiene.

Mit dem Bundesverkehrswege- und -mobilitätsplan (BVMP) 2040, der in der kommenden Legislaturperiode aufgestellt wird, muss eine echte Bundesmobilitätsplanung auf den Weg gebracht werden. Planungsverfahren und Bewertungsmethoden müssen grundlegend neugestaltet werden dürfen aber nicht Naturschutzbelange beschneiden. Eine zielorientierte, verkehrsträgerübergreifende und integrierte Planung muss die Grundlage dafür sein, dass die vollumfängliche Einhaltung von Natur- und Klimaschutzvorgaben sowie Flächenversiegelungszielen gewährleistet wird.

Verkehrs-, Umwelt-, Verbraucherschutz- und Wirtschaftsverbände sollten bei der Erarbeitung des Prozesses und der Inhalte eines BVMP 2040 von Anfang an einbezogen werden.

### **Social Leasing von E-Fahrzeugen (Wichtig: es gibt dazu noch keine fixierte BUND-Position.)**

Viele Parteien diskutieren gerade ein Social Leasing Programm. Das Vorbild kommt aus Frankreich. Dort werden Leasing-Raten für E-Autos staatlich reduziert, um auch Menschen mit geringem Einkommen die Nutzung von E-Autos zu ermöglichen. Dabei werden verschiedene Kriterien an ein Fahrzeug gestellt, dass unter die Regelung fällt.

- Fahrzeuge die bei der Herstellung und im Betrieb wenig Ressourcen und Energie verbrauchen. (keine SUVs, keine Hybride)
- Entfernung zum Arbeitsplatz und Fehlen einer Möglichkeit zur ÖPNV-Nutzung.
- Ersatz eines bereits bestehenden Verbrenners.
- auch E-Bikes und Elektrokleinstfahrzeuge ins Programm aufnehmen.

### **Weitere wichtige BUND-Forderungen in der Kurzübersicht:**

- Generelles Tempolimit auf Autobahnen einführen und bestehende für Landstraßen und innerorts verschärfen.
- Diese Verlagerungs-Ziele müssen als Mindestanforderung verstetigt und umgesetzt werden. Schienengüterverkehr sollte bis 2030 auf 25 Prozent gesteigert und die Verkehrsleistung im Personenverkehr verdoppelt werden.
- Eine nachhaltige und ausreichende Finanzierung für die Schiene, zum Erreichen der Verlagerungsziele, aufsetzen. Das kann über einen verlässlichen und überjährigen Schienenfonds aus öffentlichen Geldern geschehen.
- Infrastrukturabgabe (Fahrleistungsabhängige Pkw-Maut) einführen.



- Abbau klimaschädlicher Subventionen im Verkehrssektor: (bspw.) Energiesteuer-befreiung des Flugbenzins; die Mehrwertsteuerbefreiung internationaler Flüge; die Energiesteuervergünstigung für den Dieselmotorkraftstoff muss gestrichen; Privilegierung bei der Dienstwagenbesteuerung, die Entfernungspauschale durch eine Pendelzulage reformiert werden
- Keine Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn AG: Die Diskussion über die Trennung von Netz und Betrieb würde jetzt dringend notwendige Maßnahmen deutlich nach hinten verschieben und wäre zum jetzigen Zeitpunkt Gift für die Mobilitätswende und die notwendige Verlagerung auf die Schiene.
- Modernes Straßenverkehrsgesetz schaffen, das Kommunen ermöglicht, für eine sichere, sozial gerechte und klimaschonende Mobilität vor Ort zu sorgen.
- Auch ein neues Hafenkonzept ist nötig für eine Zusammenarbeit der Nordseehäfen und die Förderung des Short Sea Shipping.
- Kurzstreckenflüge müssen bis 2030 komplett auf die Schiene verlagert werden. Wir fordern als ersten Schritt eine Erhöhung der Luftverkehrsteuer für innerdeutsche Flüge auf 24 Euro.

## IMPRESSUM

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)**

Bundesgeschäftsstelle | Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin

Tel. +49 30 27586-40 | [bund@bund.net](mailto:bund@bund.net)

[www.bund.net](http://www.bund.net)

V.i.S.d.P.: Nicole Anton | Kontakt: [ruth.krohn\[at\]bund.net](mailto:ruth.krohn[at]bund.net) | Stand: 12/2024



# SOZIALE WÄRMEWENDE

## Factsheet zur Bundestagswahl 2025

### Kurzzusammenfassung

Gebäude sind für rund ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen Deutschlands verantwortlich. Sieben von acht Wohnungen in Deutschland werden aktuell durch fossile Energieträger beheizt. Der Energieverbrauch ist hoch, die Sanierungsrate auf einem Rekordtief.

Die Abhängigkeit von fossilem Gas und Öl hat in den letzten Jahren zu massiven Kostensteigerungen und Unsicherheit beim Heizen geführt. Hohe Heizkosten belasten immer mehr Menschen. Um langfristig klimaschonend und für alle finanzierbar zu heizen, müssen wir auf erneuerbare Wärme und die Senkung des Energieverbrauchs setzen. 2023 geriet der Klimaschutz in Gebäuden durch die Verhetzungs-Kampagne gegen das „Heizungsgesetz“ – der Reform eines Teils des Gebäudeenergiegesetzes, GEG – unter Beschuss. Das Thema kocht nun im Wahlkampf wieder bei der Union und FDP hoch, auch um Stimmung gegen Bündnis 90/Die Grünen bzw. gezielt Robert Habeck zu machen. Die Argumentation folgt kurzfristigen Geschäftsinteressen von Unternehmen der fossilen Energieversorgung. Parallel meldet sich Klara Geywitz (SPD) zu Wort und zweifelt an der Sinnhaftigkeit von Effizienzanforderungen an Gebäude, unterstützt von einer Kampagne der Immobilien- und Bauwirtschaft.

Die geforderte Abkehr von bisherigen Regelungen würde zu tiefer Verunsicherung bei Menschen führen, Heizkosten erhöhen und hohe volkswirtschaftliche Kosten verursachen. Andersherum gesagt: Effiziente, mit erneuerbarer Wärme versorgte Gebäude sind essenziell für bezahlbare Heizkosten, ein gesundes Wohnklima, eine sichere Energieversorgung und die Entschärfung der Klimakrise.

### Gegenkampagne: Zitat / Aufhänger / Fake News

- FDP: GEG ist ein teures Bürokratiemonster, CDU: die Wahl der Heizung soll eine Frage der Vernunft, nicht der Ideologie sein <https://www.tagesspiegel.de/politik/union-und-fdp-fur-abschaffung-das-heizungsgesetz-wird-zum-wahlkampfthema-12779174.html>
- CDU: „So wie das Gesetz aufgebaut ist, muss es weg. Wir wollen eine grundlegend andere Regelung und setzen dabei auf eine konsequente CO<sub>2</sub>-Bepreisung statt auf Bevormundung.“ <https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/thorsten-frei/fragen-antworten/wird-die-cdu-unter-kanzler-merz-das-geg-heizungsgesetz-fuer-die-buerger-stoppen>
- CDU will Heizungsgesetz kippen und stellt Wärmepumpenförderung in Frage: [https://www.focus.de/auto/elektroauto/news/cdu-will-heizungsgesetz-kippen-was-dies-fuer-die-waermepumpenfoerderung-bedeutet\\_id\\_260491832.html](https://www.focus.de/auto/elektroauto/news/cdu-will-heizungsgesetz-kippen-was-dies-fuer-die-waermepumpenfoerderung-bedeutet_id_260491832.html)
- Klara Geywitz: „Ich will vor allem, dass wir die Dekarbonisierung so sinnvoll und preiswert wie möglich machen. Tatsächlich haben wir uns in der Vergangenheit zu sehr auf das Thema Energieeffizienz gestürzt, was zu teils absurden Fällen führen kann.“ [https://www.focus.de/finanzen/news/bau-ministerin-geywitz-habeck-hat-sich-das-heizungsgesetz-nicht-ausgedacht\\_id\\_260518636.html](https://www.focus.de/finanzen/news/bau-ministerin-geywitz-habeck-hat-sich-das-heizungsgesetz-nicht-ausgedacht_id_260518636.html)
- „Habecks Heizgesetz am Ende“ <https://www.bild.de/politik/inland/auch-die-spd-will-es-jetzt-aendern-habecks-heizgesetz-am-ende-67473583a6f9fc5a830f2cf5>



## Was droht mit Merz und Co?

- Die Union (insbesondere Jens Spahn), aber auch die FDP wollen das Gebäudeenergiegesetz (GEG) in der bisherigen Form „abschaffen“, mindestens große Korrekturen vornehmen. Sie zielen dabei auf die 2023 verabschiedeten Vorgaben für neu eingebaute Heizungen ab. Ihr Ziel ist, das Gesetz noch „technologieoffener“ zu gestalten. Was genau sie vorhaben, ist noch nicht klar. Speziell soll wahrscheinlich v.a. der Einsatz von Biomethan und „grünem“ Heizöl sowie von Biomasse weniger eingeschränkt werden.
- Die Union (und die FDP) setzen außerdem stark auf den Emissionshandel im Gebäudebereich, der ab 2027 startet. Ihrer Meinung nach brauche es damit kein oder zumindest deutlich weniger Ordnungsrecht und auch deutlich weniger Förderung. Insgesamt ist damit also mit einer Schwächung des aktuellen Instrumentenmixes zu rechnen, inkl. eines Rückgangs an Fördermitteln. Union (und FDP) haben darüber hinaus kein Interesse an einer sozialen Ausgestaltung der Maßnahmen. Wohnpolitisch geht es ihnen vor allem um die Neubildung von Eigentum statt um sozialen Klimaschutz. Im Mietwohnungsbereich stünden die (Profit-)Interessen der Vermietenden statt der Schutz der Mietenden im Fokus.
- Die SPD, insbesondere Klara Geywitz, will ebenfalls das Gesetz reformieren. Sie bezieht sich jedoch vor allem auf Vorgaben zur Effizienz von Gebäuden (wobei auch die SPD gerne weniger Restriktionen für das Heizen mit Biomasse hätte). Sie hat bereits in Förderprogrammen für den Neubau von Gebäuden dafür gesorgt, dass stärker die CO<sub>2</sub>- Gesamtbilanz über den Lebenszyklus hinweg betrachtet wird, statt Vorgaben z.B. an die Effizienz von Gebäuden zu stellen. Damit kann eine Solaranlage auf dem Dach z.B. hohe Emissionen, die durch die Nutzung von Zement und Stahl bei der Errichtung der Gebäude entstehen oder einen hohen Energieverbrauch in der Nutzungsphase des Gebäudes ausgleichen. Sie folgt damit den Argumenten der Immobilienlobby, die dazu eine Kampagne gestartet hat.

Eine vollständige Rücknahme von Vorgaben oder eine vollständige Umstellung der Gesetzes- und Förderlogik auf CO<sub>2</sub>-Einsparungen ist dank des europäischen Rechtsrahmens glücklicherweise nicht möglich, der Raum für Abschwächungen aber groß genug, um enormen ökologischen und sozialen Schaden anzurichten. SPD und Union/FPD kritisieren ganz unterschiedliche Teile des GEG und Geywitz scheint hier noch eher ein Fachinteresse zu haben als populistisch motiviert zu sein. Doch gefährlich ist, was in der BILD-Zeitung hängen bleibt: Alle sind gegen Habecks Heizungsgesetz.

## Warum ist das problematisch?

Mit der Phrase „Technologieoffenheit“ bzw. „Bevormundung der Bürger\*innen“ wurden bereits in der ersten Debatte um das GEG argumentiert. Dabei verbirgt sich hinter der „Technologieoffenheit“ zumeist ein „Weiter So“ und damit fatale Folgen für Klimaschutz und Bezahlbarkeit.

- **Verunsicherung:** Vertreter\*innen aus der Heizungsbranche aber auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks oder Verbraucherschützer\*innen warnen vor einer erneuten Debatte um das GEG und Verunsicherung von Immobilienbesitzer\*innen, Mieter\*innen, Handwerk und Heizungsbranche.



- **Fossile Kostenfalle:** Nicht in Klimaschutz in Gebäuden zu investieren, ist für Eigentümer\*innen von Ein- und Zweifamilienhäusern die teuerste Option. Mit Förderung und eigener PV-Anlage ist eine heute eingebaute Wärmepumpe beispielsweise knapp 1000 Euro pro Jahr günstiger als eine neue Gastherme. Auch bei umfassenden Sanierungen übersteigen die eingesparten Heizkosten die notwendigen Investitionen – und steigern zusätzlich den Gebäudewert.<sup>1</sup>
- **Soziale Schieflagen:** Für Heizung und warmes Wasser verbrauchen Haushalte am meisten Energie. Die energetische Modernisierung spart Energie und Heizkosten und schafft ein gesundes Raumklima. Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen profitieren davon. Sie leben häufiger in Gebäuden mit mangelnder Dämmung und ineffizienten fossilen Heizungen. Sie verbrauchen wegen der geringeren Wohnfläche zwar weniger Energie, geben jedoch überproportional viel Geld für Wärme aus gemessen an ihrem Einkommen.<sup>2</sup> Eine halbherzige Wärmewende verstärkt bei steigenden Energiekosten und zunehmender Hitze bestehende soziale Schieflagen. Gleichzeitig muss bei der Umsetzung auf soziale Gerechtigkeit geachtet werden. Denn Menschen mit wenig Einkommen und Vermögen können eine energetische Modernisierung ohne hohe Fördersätze nicht finanziell stemmen, trotz langfristiger Einsparungen. In Mietwohnungen wird die Warmmiete nach einer energetischen Sanierung häufig erhöht, weil Vermietende einen zu hohen Teil der Kosten auf die Mietenden umlegen können und zu selten Fördermittel in Anspruch nehmen, mit denen die Belastung der Mietenden sinken würde.
- **Verteuerung der Transformation:** Bereits jetzt sind ohne weitere Maßnahmen etwa die Hälfte aller Gebäude in Deutschland für den Einsatz der Wärmepumpe gerüstet. Doch nur in Verbindung mit einer effizienten Gebäudehülle kann die Wärmepumpe ihre volle Wirkung für den Klimaschutz entfalten. Das gilt auch für andere klimafreundliche Wärmeträger. Die Mehrkosten einer Strategie, die auf reduzierte Effizienz setzt, liegen laut Langfristszenarien des BMWK bei circa 20 Milliarden Euro jährlich, wovon schätzungsweise ein Drittel auf den Gebäudesektor entfällt. Diese erhöhten Kosten würden über die Strompreise umgelegt, was zusätzliche Kostenbelastungen für Haushalte und Industrie bedeuten würde. Die Forderung, in Gebäuden weniger auf Effizienz zu setzen, bedeutet, dass Menschen nicht ausreichend vor hohen Heizkosten, Kälte im Winter und Hitze im Sommer geschützt werden und die Kosten der Energiewende steigen.
- **Fossile Abhängigkeit & Ressourcenverschwendung:** Die Umstellung auf private Wasserstoffheizungen ist viel zu teuer und ressourcenaufwändig, da Wasserstoff in den benötigten Mengen nicht nachhaltig verfügbar sein wird. Auch Biogas oder „grünes“ Heizöl sind keine sinnvolle Alternative, weil die Herstellung enorm viel Energie und andere Ressourcen schluckt. Die Forderung, das Heizen mit Wasserstoff oder „grünem“ Gas und Öl umfassend zu erlauben dient dazu, die Nutzung fossiler Infrastruktur zu verlängern. Sie missachtet die planetaren Grenzen, provoziert Nutzungskonkurrenz auf Agrarflächen und verlagert enorme ökologische und soziale Kosten der Energieerzeugung ins Ausland.

---

<sup>1</sup> WWF (2024): „Hammer-Heizungs-Deal 2.0“ und „Auf die Zukunft bauen“, <https://www.wwf.de/2024/juli/auf-die-zukunft-bauen>

<sup>2</sup> Öko-Institut (2023): <https://www.oeko.de/projekte/detail/mehrfamilienhaeuser-der-blinde-fleck-der-sozialen-waermewende-wie-belastet-sind-haushalte-durch-waermeenergiekosten-und-wie-wirkt-die-gas-und-waermepreisbremse>

- **Vermeintliche Nachhaltigkeit von Biomasse:** Bei der Verbrennung von Holz werden Treibhausgase und Feinstaub freigesetzt werden. Den Wäldern geht es bereits jetzt sehr schlecht und Holz ist nur begrenzt verfügbar. Biomasseheizungen sollten deshalb nur in Betracht gezogen werden, wenn der Anschluss an ein Wärmenetz oder der Einbau einer Wärmepumpe nicht möglich sind.
- **Mangelnde Lenkungswirkung des Emissionshandels:** Der Emissionshandel ist nur ein Baustein im Instrumentenmix. Wer zu sehr auf den Markt setzt, riskiert energiepolitische Fehlstellungen. Es braucht klare Leitplanken, die dafür sorgen, dass nicht nur auf erneuerbare Wärme umgesattelt wird, sondern auch der Energieverbrauch sinkt und natürliche Ressourcen geschont werden. Dabei sollte bei den Gebäuden angefangen werden, die am meisten Energie verbrauchen. Im Gegensatz zu gesetzlichen Leitplanken und einer verlässlichen Förderung bietet der Emissionshandel außerdem nicht ausreichend Planungssicherheit. Darüber hinaus ist ein alleiniger Fokus auf den Emissionshandel und hohe CO<sub>2</sub>-Preise hochgradig sozial ungerecht. Mietende zum Beispiel haben keinerlei Einfluss auf den Zustand des Gebäudes und die Wahl des Energieträgers, müssen jedoch einen überproportional hohen Anteil der CO<sub>2</sub>-Kosten übernehmen. Eigentümer\*innen mit wenig Einkommen und Vermögen haben nicht die finanziellen Mittel, um in eine energetische Modernisierung zu investieren – auch wenn sie sich langfristig lohnt. Dafür braucht es sozial ausgestaltete Förderprogramme, eine Rückzahlung wie das Klimageld ist dafür nicht zielgerichtet genug.

## Was fordert der BUND?

### Wärmewende

- **Klimafreundliche und sozialgerechte Wärmewende erhalten & vorantreiben:** Die Bundesregierung setzt sich (weiterhin) für den konsequenten Einbau erneuerbarer Wärmequellen ein. Dabei werden die bisherigen gesetzlichen Regelungen im GEG nachjustiert und mit deutlich ambitionierteren klima- und sozialgerechten Kriterien hinterlegt. Im Sinne des Verbraucherschutzes werden dezentrale Wasserstoffheizungen als Erfüllungsoption gestrichen. Bis spätestens 2040 ist auch der Ausstieg aus Erdgas im Wärmesektor gelungen.
- **Effizienz als Säule der Wärmewende etablieren:** Es werden ambitionierte Energieeinsparungen mitgedacht, Menschen werden finanziell und organisatorisch bei energetischen Modernisierungen unterstützt (s. Abschnitt „Gebäude“).
- **Keine fossilen und ineffizienten Heizungen fördern – Verbraucher\*innen schützen:** Der Einbau von Heizungen mit fossilen Brennstoffen oder h<sub>2</sub>-ready Heizungen wird nicht länger gefördert. Auch neue Holzheizungen bzw. Holzverbrennungsanlagen dürfen nicht mehr gefördert werden.
- **Kommunale Wärmeplanung beschleunigen und umsetzen:** Die Bundesregierung fördert eine klimafreundliche und soziale kommunale Wärmeplanung für die Gemeinden und stattet sie auch mit ausreichenden finanziellen Mitteln aus, um die Wärmeplanung fortzuschreiben. Die Umsetzung der kommunalen Wärmepläne wird verpflichtend.



- **Den Ausbau der erneuerbaren Fernwärme vorantreiben und sozialgerecht gestalten:** Die Fernwärmenetze werden zügig und konsequent dekarbonisiert. Ein Ausbau der Netze wird, da wo es technisch möglich und sinnvoll ist, vorangetrieben. Aus- und Umbau der Fernwärme wird ausreichend und verlässlich durch den Bund gefördert. Dazu wird die Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW) aufgestockt und in ein langfristiges Fördergesetz überführt. Die sog. WärmeLV und ABVFernwärmeV werden so angepasst, dass sie einen Ausbau der Fernwärme ermöglicht und durch eine Preisaufsicht gleichzeitig Verbraucher\*innen vor unverhältnismäßigen Kostensteigerungen schützt.

## Gebäude und Wohnen

- **Gebäudesektor sozialverträglich und energiesparend auf Klimakurs bringen:** Im Zuge der ambitionierten Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie wird ein klimazielkompatibler, gesetzlich verbindlicher und sozial gerechter Sanierungsfahrplan erarbeitet und umgesetzt. Neubaustandards werden erhöht auf Passivhausstandard. Die Einsparung von Primär- und Endenergie wird neben der Umstellung auf erneuerbare Energien und die Reduktion von Treibhausgasen in den gesetzlichen Anforderungen und bei der Formulierung von Förderrichtlinien gestärkt.
- Mit einer **Sanierungsoffensive öffentlicher Gebäude** schreitet die öffentliche Hand mit gutem Vorbild voran, stärkt die soziale Infrastruktur und sorgt dafür, dass die Vorgaben der EU-Effizienzrichtlinie (3 Prozent Sanierungsrate) ambitioniert umgesetzt wird.
- Auch für Wohngebäude werden gesetzliche Mindeststandards eingeführt, mit denen "**Worst-Performing-Buildings**" **prioritär saniert** werden - flankiert von Instrumenten zur sozialen Ausgestaltung.
- **Sozialer Klimaschutz in Mietwohnungen:** Mietrecht und Förderprogramme werden i.S. des "Drittmodells" reformiert, d.h. die Modernisierungsumlage wird auf 3 Prozent abgesenkt. Im Gegenzug muss die Förderung vor Berechnung der Umlage nicht mehr abgezogen werden. Die Fördersätze werden erhöht.
- **Förderprogramme:** Soziale Ausgestaltung der Fördersätze für energetische Modernisierungen inklusive gezielter Förderung gemeinnütziger Träger, erhöhte Fördersätze für Effizienzmaßnahmen, insbesondere für umfassende Sanierungen, Anheben des Worst-Performing-Building-Bonus.
- **One-Stop-Shops:** Der Bund unterstützt die Kommunen finanziell und organisatorisch bei der flächendeckenden Einrichtung von zentralen Anlaufpunkten vor Ort zur organisatorischen Unterstützung von Eigentümer\*innen. Neben der Beratung rückt dabei die Umsetzungsbegleitung stärker in den Fokus.

## IMPRESSUM

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)**

Bundesgeschäftsstelle | Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin

Tel. +49 30 27586-40 | bund@bund.net

www.bund.net

V.i.S.d.P.: Nicole Anton | Kontakt: ruth.krohn[at]bund.net | Stand: 12/2024